

Laibacher Zeitung.

Nr. 62.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 13, halbj. 6.50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dinstag, 17. März

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; fortw. 1mal 10 kr., 2mal 15 kr., 3mal 20 kr. u. s. w. Insertionsbeispiel: 20 kr.

1874.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. März d. J. der Haus- und Apothekenbesitzerin Anna Baumbach in Cilli in Anerkennung ihres vielfährigen menschenfreundlichen Wirkens das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Heute wird das III. Stück des Landesgesetzblattes für das Herzogthum Krain pro 1874 ausgegeben und versendet. Dasselbe enthält unter der Nr. 6 das Gesetz vom 28. Februar 1874, betreffend die Einführung von Wiederholungs- (Fortbildungs-) Schulen in Krain — und unter der Nr. 7 die Kundmachung des k. k. Landespräsidiums für Krain vom 2. März 1874, Z. 546 Pr., betreffend die für die Erfordernisse des krainischen Landes- und Grundentlastungs-fondes für das Jahr 1874 Allerhöchst genehmigte Landesumlage. Was hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird. Vom Redaktions-Bureau des Landesgesetzblattes für das Herzogthum Krain.

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen vom Tage.

Die energischen Reden des österreichischen Kultusministers und des Ministerpräsidenten, weiter die Debatten über die confessionellen Gesetzentwürfe im österreichischen Abgeordnetenhaus, beschäftigen fort die In- und Auslandspresse.

Die „Bohemia“ schreibt: „Die sensationelle Rede, welche der Ministerpräsident Fürst Auerperg in der Montagessitzung des Abgeordnetenhauses hielt, bildet noch immer das Thema der Discussion in allen Kreisen. Sie erhält durch einen Umstand, den ich erst nachträglich erwähne, noch eine höhere Bedeutung. Der Ministerpräsident hat nemlich mit Zustimmung der Krone gesprochen, er hatte die Rede dem Monarchen vorgelegt und der Monarch hatte sich mit dem energischen Texte derselben vollständig einverstanden erklärt. Der Beifallsturm, welcher am Schlusse der Rede im Abgeordnetenhaus ausbrach und welcher sich durch das ganze Reich fortgepflanzt hat, gilt daher nicht dem Ministerpräsidenten allein, er gilt auch dem Monarchen, der ersteren autorisierte, so gewichtige Worte zu sprechen. Und daß zwischen Krone und Ministerium einerseits und Ministerium und Parlament andererseits eine solche Uebereinstimmung herrscht, wie die bisherigen Abstimmungen im Abgeordnetenhaus dargethan haben, das ist wohl die beste Bürgschaft für den Bestand des gegenwärtigen Systems.“

Das Resultat der Generaldebatte im österreichischen Abgeordnetenhaus über das erste jener Gesetze, welche die durch die Aufhebung des Concordates entstandenen Lücken der österreichischen Gesetzgebung auszufüllen bestimmt sind, bezeichnet die „Trierer Zeitung“ als einen vollständigen Sieg der verfassungstreuen Partei. Was das Ergebnis dieser Debatten besonders werthvoll mache, sei außer dessen tief eingreifende Wirkung auf die staatliche Entwicklung insbesondere die Uebereinstimmung zwischen Regierung und Parlamentsmajorität. Ueber die Worte des Ministerpräsidenten will sich das genannte Blatt jedes Urtheils enthalten, da dieselben der österreichischen Geschichte angehören, welche sie in ihren Annalen auf einem Ehrenblatte verzeichnen werde.

Die „Intern. Correspondenz“ sagt: „Der Schluß der Generaldebatte über die confessionelle Vorlage erregt in der liberalen Provinzpresse allseitige Befriedigung, während die clericalen Journale kleinlaut werden, die tschechischen Blätter nach Jassung ringen. Bemerkenswerth ist die Auslassung der „Nar. L.“ über die totale Niederlage der Ultramontanen oder der sogenannten „Rechtspartei“, welche sich den Weg zur Ministerbank und zum Throne ganz verbarriadiert habe.“

Das „N. W. Tagblatt“ bemerkt bei seiner Reminiscenz an den 13. März 1848: „Nicht dem Prinzip der Autoritätsprinzip der Kirche das starke Autoritätsprinzip des Staates entgegenzustellen, sondern im Namen der Freiheit und nur in ihrem Namen den Kampf gegen die clericalen Reaction zu führen, daran mahnt uns das Datum des 13. März 1848 gerade in diesen Tagen.“

Die „Spener'sche Zeitung“ gibt den Wiener Blättern in vollstem Maße recht, wenn sie ihrer Freude über das Resultat der Generaldebatte

offen Ausdruck geben. Eine so starke Majorität, welche dem Ministerium seine Solidität bekräftigte, sei als der glänzendste parlamentarische Erfolg zu bezeichnen. Die „Dreslauer Zeitung“ sagt: „Die mannhaften Worte des Ministerpräsidenten Fürsten Auerperg werden ein Echo finden weit über die Grenzen Oesterreichs hinaus.“

In der „Kölnischen Zeitung“ lesen wir: „Das unablässige Drohen mit einer Empörung des katholischen Volkes, mit offenem Ungehorsam gegen das neue Gesetz, falls es wirklich Gesetzeskraft erhalten sollte, hat eine entschiedene Erklärung des Ministeriums unvermeidlich gemacht. Unter den Abgeordneten selbst wie im Publicum wurde eine Antwort von Seite des Ministeriums erwartet, welche den einem solchen Gebaren entsprechenden Ton anschläge. Der gesunde Menschenverstand, wie Fürst Auerperg treffend bemerkte, der für die von Andrassy in die österreichischen Verhältnisse eingeführte Politik der „gebundenen Marschroute“ allein maßgebend ist, dieser gesunde Menschenverstand verlangte nach einem erlösenden Worte. Der Ministerpräsident sprach es aus; einfach, ohne Emphe, schlagend. Es war nahezu das Luther'sche: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir, Amen!“ in's Politische, ins Staatsmännische übersetzt. „Wir waren voll verfühlicher Gefühle“, dies war der wesentliche Sinn der Auerperg'schen Worte, „aber wenn man uns einen Kampf aufzwingt für die unüberwindlichen Rechte des Staates, so werden wir diese mit aller Energie zu schützen wissen und nichts wird uns hindern, dieser Aufgabe mit größter Entschiedenheit mannhast gerecht zu werden!“

Die „Morning Post“ äußert sich über die confessionellen Vorlagen, wie folgt: „Wenn die neuen Gesetze in diesem Geiste zur Vollendung geführt werden, ist es schwer zu sehen, über was sich die römische Kirche beklagen kann. Oesterreich handelt wie Deutschland und die anderen Mächte nur nach den Gesetzen der Selbsterhaltung. Wie viel es in Gemeinschaft mit Spanien und den italienischen und kleineren deutschen Mächten in früheren Zeiten durch Concordate und andere Formen päpstlicher Einmischung oder Herrschaft gelitten hat, ist Gegenstand der Geschichte. Die Zeit ist gekommen, da der alte Stand der Dinge dem neuen Platz machen muß. Die Päpste müssen lernen, daß sie nur geistliche Machthaber sind und nur geistliche Gewalt ausüben können; daß sie aufhören müssen, Theil an bürgerlichen, politischen Angelegenheiten zu nehmen, und daß sie sich in ihren Befehlen an solche Geistliche, die ihre Oberhoheit anerkennen, auf die geistliche Seite der ihnen vorliegenden Fragen beschränken und die Regelung rein weltlicher Angelegenheiten der Macht überlassen müssen. Es kann nicht bezweifelt werden, daß ganz Europa über kurz oder lang übereinstimmend auf dieser Uebereinkunft bestehen und das Papstthum nöthigen wird, einen Unterschied zwischen dem Gebrauch und Mißbrauch seines Amtes zu machen.“

Die „Daily News“ glaubt, die Haltung der österreichischen Regierung in der Kirchenfrage sei von weitgehender Bedeutung und sie erblickt in derselben ein weiteres Pfand für die Erhaltung des europäischen Friedens.

Reichsrath.

8. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 6. März.

Se. Durchlaucht der Herr Präsident Fürst Karl Auerperg eröffnet um 11 Uhr 50 Minuten die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Banhans und Freiherr v. Pretis.

Nach Vornahme von Wahlen und erster Lesung einiger Eisenbahnvorlagen wurden die Gesetzentwürfe, betreffend die Stempel- und Gebührensbehebung bei Ablösung von Naturalleistungen von Kirchen und Schulen in Mähren, die Gebührenbehandlung der Schiedssprüche von Handelskammern und Börsen, der Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit Schweden und Norwegen, der Postvertrag mit Rußland, endlich die Aufhebung der Verzehrungssteuer für Baumaterialien in Uebereinstimmung mit dem Abgeordnetenhaus in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Modificationen in der Geschäftsordnung des Herrenhauses wurden ohne Debatte gutgeheißen. Zum Schluß wurden mehrere Petitionen erledigt.

9. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 7. März.

Se. Durchlaucht der Herr Präsident Fürst Karl Auerperg eröffnet um 11 Uhr 45 Minuten die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich Se. Excellenzen der Herr Minister: Dr. Glaser, und Herr Sectionsrath v. Harrajsowsky.

Dr. Leop. Neumann referiert über die Anlegung von Eisenbahn eingeräumten Hypothekarrechten und die Sicherung der Rechte der Besitzer von Eisenbahn-Prioritäten.

Nach kurzer Discussion und einigen Aufklärungen von Seite des Herrn Justizministers wird zur Specialberatung geschritten und werden die §§ 1 bis 47 ohne Debatte angenommen. Zu den Paragraphen 48 und 52 stellen Hein und Härdil Abänderungsanträge, welchen der Justizminister zustimmt, worauf das ganze Gesetz nach der Fassung der Commission in zweiter und dritter Lesung angenommen wurde.

33. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 13. März.

Präsident Dr. Nechbauer eröffnet um 11 Uhr 20 Minuten die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auerperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Freiherr v. Lasser, Dr. Banhans, Dr. v. Stremaier, Dr. Glaser, Dr. Unger, Ritter v. Ehlmeckh, Freih. v. Pretis, Oberst Forst und Dr. Ziemiaszkowski.

Der Herr Ministerpräsident zeigt in einer Zuschrift an, daß die Delegationen für den 20ten April d. J. nach Pest einberufen seien.

Der Präsident wird die diesfälligen Wahlen rechtzeitig auf die Tagesordnung setzen.

Der Herr Finanzminister übermittelt einen Gesetzentwurf betreffend die Gebührenbefreiung bei Ablösungen der an Kirchen und Pfarren zu entrichtenden Abgaben in Galizien.

Abg. Monti und Genossen interpellieren den Unterrichtsminister wegen Einführung der kroatisch-serbischen Unterrichtssprache an den Mittelschulen Dalmatiens.

Fortsetzung der Specialdebatte über die äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche.

§ 23 handelt von der politischen Execution zur Einbringung von Abgaben und Leistungen für kirchliche Zwecke.

Abg. Ruz will einen Zusatzantrag bezüglich des übertragenen Wirkungsreises. Dieser wird abgelehnt, der Zusatzantrag mit dem Amendement Forregger's, das im Texte vorkommende Wort „insbesondere“ wegzulassen, angenommen.

Die §§ 24, 25 und 26 werden unverändert angenommen.

§ 27 präcisiert die Fälle, wo staatlicher Beistand zur Durchführung kirchlicher Anordnungen gewährt wird. Es entwickelt sich eine unfruchtbare Debatte, worauf der Paragraph vollinhaltlich angenommen wird.

Die §§ 28 und 29 werden angenommen.

Zu § 30 erklärt Abg. Krzunicz, daß die Heranbildung der geistlichen Candidaten eine eminent kirchliche Sache sei, und daß hierin die Kirche das gewichtigste Wort habe.

Abg. Egger tritt dem entgegen, indem dem Staate die vollständige Competenz vindicirt. Er weist auf die mangelhafte Bildung des jungen Klerus hin, der im Widerstande gegen die Staatsgesetz: erzogen werde. Es werden Amendements gestellt, jedoch verworfen. Der Ausschussantrag wird angenommen.

§ 31 wird ohne Debatte angenommen.

Zu § 32 (kirchliche Patronatsverhältnisse) wünscht Kronawetter den baldigsten Erlass eines Gesetzes, welches diese Angelegenheit regelt. Der Ausschussantrag wird unverändert angenommen.

Ebenso die §§ 33 und 34.

§ 35 (Pfarrgemeinden) wird nach kurzer Debatte ohne Veränderung angenommen.

Aus § 36 debuciert Kronawetter, daß auf Kosten der Mitglieder der Pfarrgemeinden eine Art Kultussteuer errichtet werde und beantragt, ihn zu streichen. Wird abgelehnt und der Paragraph angenommen.

Bei § 37 hat sich abermals Krzsumowicz zum Worte gemeldet. Das ganze Haus bricht in große Heiterkeit aus, weshalb er auf das Wort verzichtet.

Abg. Fuz beantragt, die Vorschriften über die Con-
sultierung und Vertretung der Pfarrgemeinden nicht im
Wege der Landes- sondern der Reichsgesetzgebung zu er-
lassen. Wird abgelehnt und § 37 angenommen.

Die §§ 38, 39, 40, 41 und 42 werden angenom-
men, desgleichen § 43 nach kurzer Discussion.

Schluß der Sitzung 4 Uhr.

Parlamentarisches.

Se. Exc. der Herr Finanzminister brachte folgende
Regierungsvorlage im Abgeordnetenhaus ein:

Gesetz

betreffend die Forterhebung der Steuern und Abgaben,
dann die Bestreitung des Staatsaufwandes im Monate
April 1874.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichs-
rathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1. Die mit dem Gesetze vom 13. Dezember
1873, R. G. Bl. Nr. 161, dem Ministerium ertheilte
Ermächtigung, die bestehenden directen und indirecten
Steuern und Abgaben sammt Zuschlägen nach Maßgabe
der gegenwärtig gültigen Besteuerungsgesetze, und zwar
die Zuschläge zu den directen Steuern in der durch das
Finanzgesetz vom 11. April 1873 (R. G. Bl. Nr. 46)
bestimmten Höhe, in der Zeit vom 1. Jänner bis letzten
März 1874 fortzuerheben, so wie die in dieser Zeit sich
ergebenden Verwaltungsauslagen nach Erfordernis für
Rechnung der durch das Finanzgesetz für das Jahr 1874
bei den bezüglichlichen Kapiteln, Titeln und Paragraphen
festzustellenden Credite zu bestreiten, wird auf den Monat
April 1874 ausgedehnt.

§ 2. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes wird der
Finanzminister betraut.

Der Ausschuß des Abgeordnetenhauses über die
Koser-Steudel'schen Anträge hat bezüglich der
Kohlentheuerungsfrage folgenden Beschluß über
Antrag des Referenten Steudel gefaßt: Die Regie-
rung ist aufzufordern:

1. Für den Transport der Mineralkohle auf allen
österreichischen Bahnen einen einheitlichen, ermäßigten
Tarif, welcher wo möglich auf den Satz von 0.5 Kreuz-
ern pro Centner und Meile herabzumindern ist, mit
allem Nachdrucke anzustreben;

2. ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß in
Wien als Hauptconsumtionsplatz für Steinkohle an den
hier einmündenden und sich hauptsächlich mit dem Koh-
lentransporte befassenden Eisenbahnen so wie in ande-
ren größeren Consumtionsplätzen, im Eindernehmen mit
den betreffenden Bahnverwaltungen, zweckmäßige Koh-
lenmärkte in der Art organisiert werden, daß dadurch
den Producenten selbst die Möglichkeit geboten ist, in
unmittelbarem Verkehr mit den Consumten zu treten.

3. Bei der gegenwärtigen ausschließlichen Verfrach-
tung der Kohle aus den preussisch-schlesischen und öst-
rainer Gruben durch die a. p. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn, dem
hohen Tariffage dieser Bahn für Kohlen und der phy-
sikalischen Unmöglichkeit, den jährlich zunehmenden Frachten-
verkehr ohne Gefährdung der allgemeinen Sicherheit zu
bewältigen, den Verkehrsbedürfnissen dadurch Rechnung
zu tragen, daß die Herstellung einer zweiten Bahn,
welche die thunlichst wohlfeile Zufuhr von preussischer
und mährisch-schlesischer Steinkohle und der Braunkohle
aus dem südlichen Mähren nach Wien ermöglicht, ehe-
stens zur verfassungsmäßigen Behandlung gelange.

Ueber die Ministerkrise in Ungarn

bringt das „Abendbl. des P. Lloyd“ unterm 13. d. nach-
stehenden Bericht:

„Daß gestern und heute Graf Andrassy und
Ministerpräsident v. Szlavy mit den Herren von
Ghyzsy, Baron Sennhey und Koloman v. Tisza längere
Besprechungen hatten, ist unseren Lesern bekannt. Gegen-
über dem Tadel der „Reform“, welche der Ansicht ist,
daß Graf Andrassy durch diese directe Theilnahme an
den Bemühungen zur Lösung der Krise möglicherweise
sogar seine eigene Stellung gefährden könnte, versichert
die „Pester Correspondenz“ — und wir können dies nur
bestätigen — daß der gemeinsame Minister des Aus-
wärtigen direct durch Se. Majestät hieher berufen
worden sei.

Aus welchem Grunde wir unsereits die Einfluß-
nahme des Grafen Andrassy für eine durchaus berech-
tigte halten, das haben wir bereits gestern erörtert; in
maßgebenden Kreisen wird hiefür auch noch das weitere
Argument angeführt; es handle sich gegenwärtig darum,
die Coalition mit einem Theile der bisherigen staats-
rechtlichen Opposition in solcher Weise zu bewerkstelligen,
daß der Ausgleich von 1867 nicht die leiseste Schädig-
ung erfahre. Dieser Ausgleich aber sei eine nicht aus-
schließlich ungarische Angelegenheit und der Chef der
gemeinsamen Regierung habe sonach volles Recht, in
allen hierauf bezüglichlichen Fragen gehört zu werden.

Ueber das Resultat der gestern und heute gepflogenen
Besprechungen ist uns — wir gestehen das ganz
offen — schlechterdings nichts bekannt, allein wir trösten
uns hierüber mit dem Gedanken, daß es in dieser Be-

ziehung selbst den Ressortministern nicht viel besser zu
ergehen scheint, als uns gewöhnlichen Sterblichen. Je
größer indessen der Mangel an authentischen Nachrich-
ten ist, desto üppiger schließt der höhere politische Tratsch
in die Halme. Bei der vorgestrigen Soirée des Präsi-
dents Bitto legte sich die Phantasie noch einige Re-
serve auf, da man wußte, daß bis dahin irgend eine
directe Verhandlung überhaupt noch nicht stattgefunden
hatte. Lebhafter ging es in dieser Beziehung bei einem
andern Raut her, welcher 24 Stunden später stattfand.
In den Salons des Jucy Curiae Georg v. Majlath
waren bei der gestern abends abgehaltenen Soirée die
aristokratischen Kreise der Hauptstadt sehr zahlreich ver-
treten; es waren außerdem Präsident Bitto mit seiner
Gemahlin und einige Mitglieder des Abgeordnetenhauses
anwesend; Graf Julius Andrassy und Herr v. Szlavy
fehlten und von den Ressortministern waren nur
Baron Bela Wendheim und Graf Julius Szapary er-
schienen.

Fast vollständig hatte sich dagegen — mit dem Car-
dinal-Fürstprimas an der Spitze — der hohe Klerus
eingefunden. In diesem Kreise wurde nun die Tages-
frage selbstverständlich sehr lebhaft besprochen und — wie
es bei dieser Zusammenkunft der Gesellschaft kaum
anders voraussetzen war — in einem der Coalition
nichts weniger als günstigen Sinne.

Man erzählte sich, es sei Herrn v. Szlavy nicht
gelungen, den Freiherrn v. Sennhey zum Eintritt in
das Cabinet zu bewegen, und ebensowenig wolle Kolo-
man Tisza von der Forderung abgehen, daß die Bedin-
gung einer feinerzeit vorzunehmenden Abänderung des
Ausgleichs von 1867 schon jetzt ausdrücklich festgesetzt
werde. Die Sanguiniker, namentlich in den Reihen der
hochwürdigsten Herren, sahen die Coalition bereits ge-
scheitert und combinirten, es werde das gegenwärtige
Ministerium bleiben und höchstens durch zwei Mitglie-
der (man nannte die Herren Ludwig Horvath und Koso-
man Szell) verstärkt werden. Nachdem wir unseren
Lesern alles dies im voraus als „höheren politischen
Tratsch“ bezeichneten, haben wir kaum etwas weiteres
darüber zu sagen. Die Absichten des Freiherrn von
Sennhey kennen wir nicht, und was Herr v. Szlavy
bei ihm ausgerichtet hat, wissen wir nicht; wohl aber
wissen wir, daß mit Herrn v. Szlavy und dem Grafen
Andrassy keineswegs noch die Reihe derjenigen Persön-
lichkeiten abgeschlossen ist, denen es etwa doch gelingen
könnte, Herrn v. Sennhey zum Eintritte in das
Ministerium zu bewegen, vorausgesetzt, daß sie ihren
Einfluß in die Wagschale zu legen gewillt sein sollten.

Die Intentionen des Herrn von Tisza aber dürfen
in der Redaction des „Ellenör“ vielleicht doch genauer
bekannt sein, als in den Salons Sr. Excellenz des Herrn
Jucy Curiae v. Majlath, und so verweisen wir unsere
Leser einfach auf die weiter unten folgende, direct vom
Chefredacteur des „Ellenör“ ausgehende Erklärung.

Hoffentlich werden sich die Dinge zwischen heute
und morgen vollständig klären, da auch Graf Andrassy
schon heute abends, längstens morgen früh nach Wien
zurückkehrt, um bei seiner morgigen diplomatischen Soirée
die Hounours zu machen. Wie immer indessen die Lösung
ausfallen möge, eine weitere Verschleppung könnte für
jede Art der Lösung nur vom größten Nachtheile sein.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 16. März.

Ueber den Stand der ungarischen Minister-
krise bringt „Pesti Naplo“ folgende Mittheilungen:
„Die Verhandlungen mit Sennhey, insofern sie auf
seinen Eintritt in ein Coalitionsministerium sich bezo-
gen, blieben erfolglos. Mit Koloman Tisza war es
noch zu keinerlei definitiven Abmachungen gekommen;
aus den Aeußerungen der Freunde Koloman Tiszas und
des „Ellenör“ schließen wir jedoch, daß auch diese Ver-
handlungen nicht zu dem Resultate führen werden, daß
Tisza in die Regierung eintritt. Es fand zwischen
Szlavy und Tisza neuerdings eine Besprechung statt,
man hält es jedoch in gut informierten Kreisen für sehr
unwahrscheinlich, daß die neuerlichen Verhandlungen von
besserem Erfolg sein werden, als die gestrigen. Ob
Baron Sennhey und Ghyzsy geneigt wären, in die
Regierung zu treten, wenn Tisza an derselben nicht
theilnimmt und so das Ministerium nicht den Charakter
einer Coalition besitzt, darüber schweigen unsere Quellen;
doch hat es den Anschein, daß bis zum gegenwärtigen
Moment in dieser Hinsicht noch keine Verhandlung statt-
gefunden hat. Es ist wahrscheinlich, daß Szlavy in
den nächsten Stunden unter allen Umständen mit der
Bildung des neuen Ministeriums betraut werden wird.
Die Bildung des Ministeriums wird unter allen Um-
ständen noch eine längere Zeit in Anspruch nehmen und
dürfte im besten Falle sich bis Mitte dieser Woche hin-
ziehen.“

Die „Pester Correspondenz“ schreibt: Die Mi-
nisterkrise geht sehr langsam ihrer Lösung entgegen.
Der Ministerpräsident forderte in den letzten Tagen Ko-
loman Tisza auf, die Bedingungen bekannt zu geben,
unter welchen er geneigt wäre in das Ministerium ein-
zutreten und erklärte, daß ihm der Eintritt in die Re-
gierung so weit als möglich erleichtert werden solle.
Tisza formulirte hierauf seine Anträge, denen östere
und längere Verhandlungen folgten, die aber bisher noch

zu keinem Resultate führten, da Szlavy keinesfalls Be-
dingungen annehmen kann, welche bezüglich gemeinsamer
Angelegenheiten prinzipielle Concessionen involvieren. Un-
terdessen wurden auch mit Ghyzsy und Sennhey
Verhandlungen gepflogen. „Bezüglich der Verhandlun-
gen mit Baron Sennhey können wir“ — schreibt die
erwähnte Correspondenz — „gegenüber den Nachrichten
einiger Blätter versichern, daß dieselben noch keinesfalls
als abgebrochen zu betrachten sind.“

Die Militärcommission des deutschen Reichs-
tages hat in erster Lesung die vier ersten Paragraphen
des Militärgesetzes erliebt. § 1 (Fixierung der Friedens-
präsenziffer von 401,659) wurde mit allen gegen vier
Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten nur die Conser-
vativen und Freiconservativen. Die §§ 2 und 3 wurden
mit 16 Stimmen der Nationalliberalen, Conservativen
und Freiconservativen gegen die Stimmen der Fort-
schrittspartei und des Centrums angenommen. Bei der
Discussion des ersten Paragraphen wurde der Antrag
des Centrums, wornach eine zweijährige Dienstzeit die
Grundlage der Friedenspräsenzstärke bilden soll, abge-
lehnt; dafür stimmte nur das Centrum. Die Abfä-
ge zwei und drei des § 4 des Militärgesetzes wurden un-
verändert angenommen. Bei dem Abfäge eins wurde be-
schlossen, das statt drei Selonde-Lieutenants per Com-
pagnie, Escadron und Batterie gesetzt werde zwei oder
drei. Bei dem Abfäge vier wurde hinzugefügt, daß Ge-
neräle nicht außer Reihe und Glied geführt werden sol-
len. Bei dem Abfäge fünf wurde hinzugefügt, daß Aen-
derungen des Friedensstandes bei Offizieren, Arzt- und
Beamtenstellen jährlich durch einen Etat nachzuwei-
sen sind.

Mac Mahon verläßt gegen den 26. d. M. Ber-
sailles und nimmt während der Vertagung der National-
versammlung seinen Aufenthalt in Paris. Der „Moni-
teur“ meldet, daß die Verhandlungen der Regierung mit
den Bischöfen der an Deutschland grenzenden Diöcesen
und mit der päpstlichen Curie über eine anderweitige
Abgrenzung der Diöcesen demnächst beginnen.
Die Regierung sei bemüht, eine diesbezügliche Lösung zu
beschleunigen.

Der rumänische Senat hat das von der Kam-
mer votierte Gemeindegesetz mit einigen unwesentlichen
Modificationen angenommen.

Die öffentliche Meinung in Griechenland ward
durch das republikanische Programm, welches der Depu-
tierte Lombardos in der Kammer entwickelte, lebhaft er-
regt. Die Kammer hat jedoch die Ausführungen dessel-
ben mit großer Majorität mißbilligt.

Die Encyclica,

welche Papst Plus IX. am 7. d. an die Cardinäle,
Erzbischöfe und Bischöfe in Oesterreich gerichtet hat, und
welche als Grundlage des Protestes gegen die con-
fessionellen Gesetze angesehen werden dürfte,
lautet in deutscher Sprache:

„Unsere geliebten Söhne und ehrwürdigen Brü-
der! Gruß und apostolischen Segen.“

Raum hatten Wir im Sendschreiben vom 24. No-
vember v. J. die gräßliche Verfolgung, welche gegen
die Kirche Gottes, besonders in Preußen und in der
Schweiz, losgebrochen war, dem katholischen Erdkreis mit-
getheilt, als uns zu Unserm Leidwesen neue Sorge er-
wuchs durch die Kunde von einem Unheile, welches her-
eingebrochen über diese Kirche, die gleich dem göttlichen
Bräutigam nun das Prophetenwort auf sich anwenden
kann: den Schmerz meiner Wunden haben sie noch ver-
 mehrt. Durch diese Unbilden werden Wir umfomehr
beängstigt, als sie von der Regierung des österreichischen
Volkes uns zugesagt werden, welches, einst in den bedeu-
tendsten Zeitepochen der christlichen Gemeinschaft mit
Unserm päpstlichen Stuhle eng verbunden, wacker für die
katholische Sache gestritten.

Zwar wurden schon vor einigen Jahren in jenem
Reiche gewisse Gesetze und Verordnungen gegeben, welche
den heiligsten Rechten der Kirche und den feierlichsten
Verträgen rundweg widersprechen; die Gesetze und Ver-
ordnungen mußten Wir in unserer Allocution, welche
Wir am 22. Juni 1868 an die ehrwürdigen Brüder,
die Cardinäle der heiligen römischen Kirche gerichtet, ver-
möge unseres Amtes verdammen und als irrige bezeich-
nen. Jetzt werden aber dem Reichsrathe zur Erledigung
und Annahme neue Gesetze vorgelegt, welche offensichtlich
darauf abzielen, daß die katholische Kirche vollständig
unter die schädlichste Sklaverei der Staatsgewalt gebracht
werde, ganz im Widerspruche mit der göttlichen Sägung
unseres Herrn Jesu Christi.

Denn der Schöpfer und Erlöser des Menschen-
geschlechts hat die Kirche gleichsam als sein sichtbares
irdisches Reich gegründet, nicht allein durch die Weisheit
des unfehlbaren Magisteriums zur Erklärung der heiligen
Lehre und des allerheiligsten Priestertums für den
Gottesdienst und die Erbauung der Seelen durch das
Mekopfer und die Sakramente, er hat die Kirche auch
ausgerüstet mit der eigenen und vollgültigen Gewalt,
Gesetze zu geben, Urtheilssprüche zu fällen und einen
heilfamen Zwang auszuüben in allen Dingen, die zum
eigenen Gebiete des Reiches Gottes auf Erden gehören.

Da aber die übernatürliche Gewalt dieser kirchlichen
Herrschaft durch die Einsetzung Jesu Christi selbst ganz
entgegengesetzt und unabhängig ist von der politischen

Gewalt, deshalb ist das Reich Gottes auf Erden das Reich einer vollkommenen Gesellschaft, welches zusammengehalten und regiert wird nach eigenen Gesetzen, nach eigenen Rechten, durch ihre eigenen Vorgesetzten, welche die Obergewalt führen, indem sie gleichsam Reichenschaft für die ihnen anvertrauten Seelen abzulegen haben, nicht den Fesseln der bürgerlichen Gesellschaft, sondern dem Fürsten der Seelenhirten Jesus Christus selbst, von dem die in der Ausübung ihres geistlichen Amtes keiner irdischen Gewalt verantwortlichen Seelenhirten und Lehrer eingesetzt sind.

So wie also den heiligen Oberen das Regimentsamt, so steht allen Gläubigen, nach apostolischer Vorschrift, die Pflicht zu, ihnen zu gehorchen und sich ihnen zu unterwerfen; daher ist es auch das heiligste Recht der katholischen Völker, daß sie der ihnen von Gott aufgelegten Pflicht, die Lehre, die Zucht und die Gesetze der Kirche zu befolgen, nicht durch die Staatsregierung behindert werden.

Ihr selbst, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder, kennt gewiß mit Uns, welche schwere Verletzung dieser göttlichen Einrichtung der Kirche, welche unerträgliche Untergrabung der Rechte des apostolischen Stuhles der heiligen Oberen, ja des katholischen Volkes selbst, in der Botierung jener Gesetze, über welche gegenwärtig im österreichischen Reichsrathe verhandelt wird, enthalten ist und öffentlich kundgemacht werden wird.

Denn nach jenen Gesetzen wird die Kirche Jesu Christi fast in allen ihren Plänen und Handlungen, welche sich auf die Leitung der Gläubigen beziehen, als eine der höchsten Staatsgewalt verantwortliche und unterworfen angesehen und behandelt; und das wird in dem Motivbericht, welcher die Bedeutung und Tragweite der vorgeschlagenen Gesetze auseinandersetzt, offen als leitender Grundsatz aufgestellt.

Dort wird auch ausführlich auseinandergesetzt, daß die Staatsregierung vermöge ihrer höchsten Gewalt ebenso wie in weltlichen so auch in kirchlichen Angelegenheiten Gesetze erlassen und die Kirche ebenso überwachen und beherrschen müsse, wie irgend eine der im Staate bestehenden privaten und bloß weltlichen Gesellschaften. So magt sich der Staat die richterliche und somit auch die Lehrgewalt in betreff der Verfassung und der Rechte der katholischen Kirche und somit auch die oberste Gewalt über dieselbe an, welche er theils selbst durch seine Gesetze und Verordnungen, theils durch die ihm unterworfenen Geistlichen ausübt. Dadurch wird die zur Regierung und Verwaltung der Kirche und zur Verehrung Christi von Gott eingesetzte heilige richterliche und Executivgewalt der irdischen Gewalt untergeordnet. Gegenüber derartigen Usurpationen von kirchlichen Angelegenheiten sagt der große Ambrosius um des katholischen Rechtes und der Wahrheit willen: Man behauptet, dem Kaiser stehe alles frei, ihm gehöre alles. Ich antworte: Wollte nicht in Selbstüberhebung glauben, über göttliches ein kaiserliches Recht zu besitzen. Wollte Dich nicht überheben, sondern sei Gott unterworfen. Es ist geschrieben: Gott, was Gottes ist, dem Kaiser, was des Kaisers ist. Dem Kaiser gehören die Paläste, dem Priester die Kirchen. Was aber die Gesetze selbst betrifft, denen der erwähnte Motivbericht vorangeht, so dürfen sie vielleicht, wenn sie mit den neuesten preussischen Gesetzen verglichen werden, einen gewissen Schein von Mäßigung an sich tragen; in der That aber sind sie von demselben Geist und Charakter und eröffnen der katholischen Kirche in Oesterreich das selbe Verderben.

Wir wollen die einzelnen Abschnitte dieser Gesetze nicht verfolgen, können aber nimmermehr das sehr schwere Unrecht mit Schweigen übergehen, das uns selbst und dem apostolischen Stuhle, sowie nicht minder euch, geliebte Söhne und hochwürdige Brüder, sowie der gesamten katholischen Bevölkerung dieses Staates zugefügt wird.

Der zwischen Uns und dem erhabenen Monarchen im Jahre 1855 abgeschlossene Vertrag, dessen Gültigkeit von diesem katholischen Fürsten durch ein feierliches Versprechen gewährleistet und mit Gesetzeskraft promulgiert wurde, wird jetzt dem Reichsrathe vorgelegt, damit derselbe beschließe, dieser Vertrag sei in seiner Gesamtheit aufgehoben und nichtig und dies geschieht ohne vorhergegangene Verhandlungen mit dem apostolischen Stuhle, ja sogar mit Außerachtlassung unserer gerechtesten Forderungen. Das hätten sie wahrhaftig zu jenen Zeiten, wo die öffentliche Treue noch galt, nicht einmal versuchen können; jetzt aber, bei dem so traurigen Stande der öffentlichen Verhältnisse versuchen sie es nicht nur, sie führen es sogar aus. Gegen diese Verletzung eines feierlich abgeschlossenen Vertrages erheben wir vor Euch geliebte Söhne und hochwürdige Brüder zu wiederholten Malen Protest; mit umso größerem innerem Seelenschmerze verurtheilen und tadeln wir dieses der gesamten Kirche zuwiderlaufende Unrecht, wenn als Ursache und Entschuldigung für die übrigen hiemit zusammenhängenden Gesetze in gleicher Weise auf die von dem ökonomischen vaticanischen Concil veröffentlichten Definitionen der geoffenbarten Lehre hingewiesen wird und selbst katholische Dogmen in gottloser Weise Neuerungen und Abänderungen unterworfen werden. Wenn es aber Leute in Oesterreich gibt, welche unter solchen gottlosen Vorwänden den katholischen Glauben von sich werfen, so hält an demselben fest und

bekannt ihn mit seinen ruhmreichen Ahnen und dem ganzen kaiserlichen Hause der erlauchte Herrscher; so hält an demselben and bekannt ihn der weitaus größte Theil der Bevölkerung, welcher auf solche Vorwände gestützte Gesetze gegeben werden.

So wird gegen unser Wissen und unsern Willen unter Verletzung des feierlichen Vertrages, den wir mit dem erhabenen Herrscher zu Ruß und Frommen des Seelenheils und des Staatswohls abgeschlossen haben, eine Art neuen Rechts in Aussicht genommen und eine neue Macht der Staatsgewalt vindicirt, in Folge deren sie auf eigene Faust über geistliche und kirchliche Angelegenheiten nach ihrem Gutdünken beschließen und entscheiden.

Es steht daher fest, daß durch diese vorgelegten Gesetzentwürfe die unverletzliche Freiheit der Kirche in der Seelsorge, in der Leitung der Gläubigen, in der religiösen Einrichtung des Volkes und des Klerus, in der Führung des Lebens zur evangelischen Vollkommenheit, in der Verwaltung und sogar im Besitz ihrer Güter mit unwürdigen Banden gefesselt und behindert würde; die katholische Disziplin soll untergraben, der Abfall von der Kirche befördert und eine Verschwörung und Bundesgenossenschaft der Seelen gegen den wahren christlichen Glauben unter dem Schutze dieser Gesetze fest begründet werden.

Wir hätten in der That sehr viel in Erinnerung zu bringen, welche und wie große Uebel zu befürchten sind, wenn Gesetze dieser Art durchgeführt werden; aber Eure Einsicht, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder, kann sich darüber nicht täuschen, noch kann es ihr entgehen. Sollen doch fast alle kirchlichen Aemter und Pfründen, ja selbst die Ausübung der oberhirtlichen Gewalt von der Staatsgewalt so abhängig gemacht werden, daß die heiligen Oberen, wenn sie sich — was ferne sei — zu den neuen Eiden bequemen würden, genöthigt wären, die Leitung der Diöcesen, für welche sie einst Gott genau Reichenschaft zu geben haben, nicht den heilsamen Vorschriften der Kirche gemäß weiterzuführen, sondern nach dem Willen und der Willkür jener, die eben an der Spitze des Staates stünden, zu handhaben und einzurichten. Und was ist ferner von jenen Vorlagen zu erwarten, welche den Titel führen: Von der Anerkennung religiöser Körperschaften? Deren wirklich schädliche Macht und feindselige Absicht liegt so offen da, daß sich niemand der Erkenntnis verschließen kann, dieselben seien zum Zwecke des Verderbnisses und Unterganges der religiösen Genossenschaften ausgedacht und vorbereitet worden.

(Schluß folgt.)

Tagesneuigkeiten.

— (Ihre k. Hoheiten Prinz Leopold und Erzherzogin Gisela) traten von München aus eine Reise nach Italien an.

— (Parlamentarisches.) Die 10. Sitzung des Herrenhauses findet Dienstag den 17. März, 11 Uhr vormittags statt.

— (Die Vorarbeiten zum Bau des Parlamentshauses) sind so geordnet, daß der Bau etwa zehn Tage nach der Allerhöchsten Sanction des betreffenden Reichsrathsbeschlusses in Angriff genommen werden kann.

— (Todesfall.) Vor einigen Tagen starb in Graz der k. k. Feldmarschalllieutenant i. P. Anton Freiherr v. Soffaj.

— (Chirurgencongress.) Der dritte Congress der deutschen Gesellschaft für Chirurgie wird in Berlin vom 8. bis 11. April d. J. tagen.

— (Nachwinter in Italien.) Die neuesten Depeschen aus Italien an die k. k. meteorologische Anstalt in Wien berichten über starke Schneefälle, welche seit einigen Tagen in ganz Italien vorkommen; sowohl die Apenninen wie die Alpen sind ganz in Schnee gehüllt und der schon seit einigen Wochen eingetretene Frühling mußte auf neue dem rückgekehrten Winter das Feld räumen; besonders starke Niederschläge an Schnee, begleitet von heftigen Gewittern mit Hagel und stürmischen Winden, haben an den Küsten des adriatischen Meeres und auf demselben stattgefunden.

— (Verkehr.) Das Postdampfschiff „Frisia“, Capitän Meier, welches am 25. v. M. von Hamburg abgegangen, ist am 11. d. M. wohlbehalten in Newyork angekommen.

Locales.

Zur Action der Jungslowenen.

Die verfassungstreue Presse hebt mit Recht die Haltung der jungslowenischen Reichsrathsabgeordneten namentlich in den Debatten über die confessionellen Gesetzentwürfen anerkennend hervor.

Das Reichsparlament ersuhr durch den Eintritt der jungslowenischen Volksvertreter in das Abgeordnetenhaus bei Verhandlung liberaler Fragen zweifellos eine sehr schätzenswerthe Kräftigung. Der eingetretene Umschwung im slowenischen Lager, die Losreißung der Jungslowenen vom Bängelbunde der klericalen Partei, sind erfreuliche Thatfachen, erfreulich für das Wesen der Verfassung und nothwendig zur Stärkung des liberalen Prinzips.

Der „Slov. Narod“ als Organ der jungslowenischen Partei erfüllt die große aber auch lohnende Aufgabe, das

Leitungswort „für Fortschritt und Aufklärung“ in sämmtlichen Gauen der slowenischen Landestheile Krains und der Steiermark laut zu verkünden, die Ideen des modernen Staatslebens zu verbreiten.

Die „Grazzer Tagespost“ beleuchtet in ihrer Ausgabe vom 15. d. die Action der Jungslowenen des näheren und stimmt in das Lob dieser Partei ein.

Wir lesen im genannten liberalen Blatte an leitender Stelle folgendes:

„Die Jungslowenen verdienen diese Anerkennung umsomehr, als sie, ohne Rücksicht auf die zu erwartenden Anfeindungen in ihrer Heimat, das klericale Joch ein für allemal abschüttelten und als die Ersten aus dem großen Heerlager der Opposition eine entschieden selbständige Stellung einzunehmen wagten. Während die Jungcechen selbst im Falle einer Wahl großem zu Hause sitzen blieben, während die mährischen Czechen den klericalen unbedingte Heeresfolge leisten und die Haltung der Polen eine geradezu jämmerliche ist, haben die Jungslowenen es verstanden, ihre sonstige Gegnerschaft den überwiegenden hohen Interessen unterzuordnen. Das ist ein Act von Muth und Energie, welcher namentlich im Hinblick auf den großen Einfluß der Geistlichkeit auf die slowenische Bevölkerung nicht ungewürdigt bleiben darf.“

Wir haben unseres Theils noch einen besonderen Grund, auf diese bemerkenswerthe Thatfache zurückzukommen. Als im vorigen Sommer der große Wahlkampf entbrannte, stellten wir uns auf die Seite der Jungslowenen, weil wir sie, abgesehen von den national-staatsrechtlichen Differenzen, in Kultur- und Freiheitsfragen auf unserer Seite zu finden hofften. Von derselben Ansicht waren auch die verfassungstreuen Wähler Untersteiermarks geleitet, indem sie bei der engeren Wahl zu Gills für den jungslowenischen Candidaten den Ausschlag gaben. Das hat sich denn auch bisher erfüllt, die jungslowenischen Abgeordneten haben sich, wie schon früher im slowenischen Landtage, so diesmal im Reichsrathe auf der Seite der Verfassungspartei an der fruchtbaren parlamentarischen Arbeit betheiligt. Wenn sie dies thaten, so geschah es sicherlich nicht aus platonischer Freundschaft für uns, das wissen wir, sondern im wohlwollenden Interesse ihrer eigenen Wähler.

Nicht nur der Staat, dessen Gedeihen sie ebenso lebhast wünschen müssen, wie wir, sondern auch das slowenische Volk können nur gewinnen, wenn Bildung, Wohlstand und religiöse Freiheit Gemeingut aller werden. Unter diesem Zeichen wird die von ihnen vertretene Bevölkerung, die von der Natur so begabte, mit mannigfachen Fähigkeiten ausgerüstete, den erwünschten Aufschwung auf allen Gebieten des Lebens nehmen, während sie unter der Herrschaft des Krummstabes rettungslos verkümmern müßte.

Wahrlich, wäre es den Deutschen um die Vernichtung der Slowenen zu thun, wie man ihnen so häufig vorwirft, ihre Taktik müßte eine ganz andere sein, als die von ihnen befolgte. Sie brauchen nur den klericalen das Regiment zu überlassen; die Herren würden mit dieser Aufgabe so rasch fertig werden, daß schon die nächste Generation zu Varias herabsänke. Aber gerade weil wir dies nicht wollen, weil uns als Bürgern des österreichischen Gesamtstaates, der alle seine Theile lebensfähig erhalten muß, daran liegt, daß auch die Slowenen die Bildung der Zeit in sich aufnehmen, um den im Völkerverleben so wie in der Natur nothwendigen Kampf ums Dasein mit Erfolg bestehen zu können, gerade deshalb wünschen wir auf das lebhafteste, daß auch sie das römische Joch abschütteln. Sobald sie einmal ihr eigenes Interesse und nur dieses ins Auge fassen, wird es auch nicht schwer werden, mit ihnen zu einem beiden Theilen entsprechenden Frieden zu gelangen — ganz unmöglich müßte dies aber sein, wenn sie sich als Werkzeuge einer fremden Macht misbrauchen ließen, die ganz andere und viel weitergehende Ziele verfolgt, als die ehrlichen Slowenensführer jemals im Auge haben können.

Rom und der von ihm abhängige Klerus stehen heute im Kampfe gegen die ganze civilisirte Welt. Wer sich ihnen ausliefert, wird naturnothwendig als Werkzeug in diesem Kampfe mißbraucht, kann gar nicht stillstehen, wo er wollte, sondern muß bis ans äußerste Ende mitgehen.

Wir fragen aber: Welches Interesse hätten die Slowenen, welches Interesse hätten überhaupt die nichtdeutschen Völkerschaften Oesterreichs, mit ihrem Herzblut sich an eine Macht zu opfern, welche, soweit menschliche Voraussicht reicht, unterliegen wird, unterliegen muß? Vergebens suchen wir die Antwort auf diese Frage; unsere ehrliche Ueberzeugung sagt uns vielmehr, daß gerade die Slaven die gewichtigsten Gründe haben, sich der aufdringlichen Vormundschaft zu erwehren; denn für ihr, zwar ohne sein Verschulden, aber immerhin thatsächlich in der Kultur zurückgebliebenes Volk ist die geisttödtende Herrschaft Roms weit gefährlicher, als die im Kampfe gegen den Ultramontanismus erstarrten Deutschen.

Wenn wir demnach unsere Befriedigung über das Auftreten der Jungslowenen in der confessionellen Debatte aussprechen, so wird man uns glauben, daß dies nicht wegen des unbedeutenden Stimmenzuwachses geschieht, der im Hinblick auf die imposante Majorität vom 9. d. M. sehr wenig ins Gewicht fällt. Wohl aber sehen wir in der immer entscheidenderen Trennung eines Theiles der Slowenen von der sogenannten Rechtspartei ein Vorzeichen für die ganz naturgemäße, nothwendige Annäherung zwischen allen liberalen Slaven und der Verfassungspartei vorläufig in Angelegenheiten nicht staatsrechtlicher Natur, eine Annäherung, welche für den schließlichen Frieden auch auf dem letzteren Gebiete von

großem Werthe ist. Mögen nur die jungföbenischen Abgeordneten consequent bleiben und aus dem Bewußtsein, damit ihrem Volke den besten Dienst zu erweisen, die Kraft zur Abwehr wider die Angriffe schöpfen, welche ihnen seitens ihrer noch in den Banden des römischen Fanatismus liegenden Landeute im reichlichen Maße zutheil werden dürften. Es ist eine gute Sache, für die sie kämpfen."

— (Die Constituierung des l. l. Landes-Sanitätsrathes für Krain) erfolgte gestern im Sitzungssaale der l. l. Landesregierung. Der Herr Landes-Sanitäts-Stellvertreter, Se. Durchlaucht l. l. Hofrath Vorharr Fürst Metternich, begrüßte den neu constituirten Sanitätsrath in längerer Ansprache, hob anerkennend die Verdienste und das erspriechliche Wirken des Sanitätsrathes während des abgelautenen Trienniums hervor und gab die Versicherung, daß die Landesregierung auch künftighin den Landes-Sanitätsrath in seinem Wirken als Beirath der Landesbehörde kräftigst unterstützen werde. Nachdem Se. Durchlaucht den Vorsitz an den Alterspräsidenten Herrn Dr. Franz Schiffer abgetreten hatte, wurde auf Grund der Geschäftsordnung zur Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters für das nächste Triennium der Amtswirkksamkeit des l. l. Landes-Sanitätsrathes für Krain geschritten; es wurden zum Vorsitzenden der Herr l. l. Regierungsrath und Landes-Sanitätsreferent Dr. Emil Ritter v. Stöckl, und zu dessen Stellvertreter der Herr l. l. em. Professor Dr. Franz Schiffer gewählt.

— (Parlamentarisches.) Für die Regierungsvorlage, betreffend die äußern Rechtsverhältnisse der klösterlichen Genossenschaften, wurde Herr Dr. Razlag zum Referenten bestellt. Man gedenkt diese confessionellen Vorlagen noch vor dem Budget zu beraten, wenn die Ausschusselaborate rechtzeitig zur Vertheilung kommen.

— (Kindervorstellung.) Das so lang erwartete und vorbereitete Kindermärchen "Die Prinzessin von Marzipan und der Prinz vom Zuckerland" wird endlich Freitag den 20. d. vom Stapel laufen, u. z. zum Vortheile unseres thätigen Regisseurs Herrn Märten, der sich mit der Inszenierung dieses Märchens die größte Mühe gab. Das genannte Kindermärchen wurde auf mehreren Bühnen, namentlich im josefsstädter Theater in Wien, in Berlin und Hamburg wiederholt mit dem größten Beifalle gegeben; es wird sicher hier nicht nur Kindern sondern auch Erwachsenen einen sehr angenehmen Abend verschaffen und ein volles Haus erzielen.

— (Prachtvolles Schawltuch.) Von heute an bis einschließig 22. d. M. wird im Hofe des Gasthauses zur "goldenen Schnalle" von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags ein von der Beamten-gattin Frau Anna Kupka gestiftetes Schawltuch zur Ansicht ausgestellt. Wir machen die geehrte Damenwelt Laibachs auf diese vorzügliche Leistung in abendländischer Kunststückeri und auf die bewunderungswürdige Farbenmischung aufmerksam. Für die Besichtigung dieses Prachtexemplares ist ein geringer Betrag von 10 kr. zu erlegen, welcher einer Nothleidenden gewidmet wird.

— (Theaterbericht vom 16. d.) Die deutsche Bühne brachte heute drei recht lustige Piecen: 1. Die Musik zur Operette "Das war ich" zählt sehr gut instrumentierte Nummern, darunter ein allerliebster Quintett. Sämmtliche darin beschäftigte Bühnenmitglieder, in erster Reihe Frau Krosel (die Nachbarin), dann Frä. Müller (Lenchen) Frä. Rosenberg (die Bäckerin), die Herren Mohr (der Knecht) und Fahr (der Pächter) führten ihre Partien so lebendig, so klappend durch, daß die Genannten bei offener Szene und nach dem Actschlusse dreimal gerufen wurden. 2. In der komischen Szene "Kurmärker und Picarde" von Schneider excellierte Frä. Solwey (Marie) durch reizende, superbe Toilette und allerliebster Spiel; Herr Bauer (Schulze) zog sich als Sänger recht glücklich aus der Affaire. Stürmischer Beifall und Hervorruf folgte der ganz netten Szene. — 3. In der Kaiser'schen Posse "Zum ersten male im Theater" erschütterte Herr Köhler (Tobias) durch naive Komik das Zwerchfell des heute nur schwach vertretenen Publicums.

Börsebericht. Wien, 14. März. Ruhig, aber auch ohne jede äußere Anregung, und in dieser Beziehung ganz die berliner Haltung copierend, verkehrte die Börse bei belanglosen Umfängen ohne weitgehende Kursveränderung in Anlagewerthen. Speculationspapiere wichen theilweise und dies wohl vorzugsweise eben infolge Geschäftlosigkeit.

	Geld	Ware
Rente (Februar)	69.90	70.00
Rente (Jänner)	69.80	69.90
Silberrente (April)	73.90	74.00
Poste 1839	305.00	318.00
" 1854	98.00	98.50
" 1860	103.75	104.25
" 1860 zu 100 fl.	108.50	109.00
" 1864	138.50	139.00
Domänen-Pfandbriefe	119.25	119.75
Böhmen Galizien	95.00	96.00
Stiebelbürger	78.00	78.75
Ungarn	73.50	74.00
Donau-Regulierungs-Lose	75.00	75.75
Ung. Eisenbahn-Anl.	96.50	97.00
Ung. Prämien-Anl.	96.25	96.50
Wiener Communal-Anlehen	78.00	78.50
" 85	85.00	85.25
Actien von Banken.		
Anglo-Bank	137.50	138.00
Bankverein	78.50	79.50
Bodencreditanstalt	231.00	231.25
Creditanstalt	152.75	153.00
Krojanstalt, ungar.		
	Geld	Ware
Depositenbank	870.00	870.00
Comptentbank	39.50	39.75
Franko-Bank	84.00	84.50
Handelsbank	966.00	968.00
Länderbankverein	68.00	69.00
Nationalbank	201.00	202.00
Deferr. allg. Bank	126.50	127.00
Deferr. Bankgesellschaft	21.25	21.75
Unionbank	110.75	111.25
Bereitsbank		
Verkehrsbank		
Actien von Transport-Unternehmen.		
Alföld-Bahn	140.50	141.50
Karl-Ludwig-Bahn	232.00	232.25
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	535.00	537.00
Elisabeth-Bahn	203.00	204.00
Elisabeth-Bahn (Kinz-Bandweiser)		
Strecke		
Herbinands-Nordbahn	2060.00	2070.00
Kranz-Joseph-Bahn	203.00	204.00
Komb.-Güter-Jassy-Bahn	144.00	145.00
Ung.-Bodenred.	436.00	438.00
C. L. L. Nordbahn	186.00	187.00

Erste Schwurgerichtssession in Rudolfswerth.

Bei der ersten Session des Schwurgerichtshofes in Rudolfswerth werden nachstehende Schlußverhandlungen vorgenommen werden: Am 17. März wider Maria Blatnik wegen Verbrechen des Kindesmordes. Am 18. März wider Johann Rot und Franz Rosinc wegen Verbrechen des Todeschlages. Am 20. und 21. März wider Juri Buljinić und Martin Remanić wegen Verbrechen des Mordes. Am 23. und 24. März wider Martin Božić wegen Verbrechen des Mordes.

Für diese Schwurgerichtssession wurden am 27. Februar 1874 als Hauptgeschworene ausgelost die Herren: Johann Gros, Bürgermeister in Gursfeld; Georg Telale, Landmann in Grovace; Johann Penza, Grundbesitzer in Cermojnic; Johann Jallisch, Grundbesitzer und Wirth in Schallendorf; Ferdinand Dolar, Gutsbesitzer und Bürgermeister in Winkel; Andreas Peische, Grundbesitzer in Langenthon; Johann Koren, Hausbesitzer und Ledermeister in Mülbling; Johann Seblak, Grundbesitzer in Ki; Mathias Zwar, Grundbesitzer in Slatenegg; Georg Rantl, Grundbesitzer in Windischdorf; Johann Zgonc, Grund- und Mühlbesitzer in Podhojnik; Josef Kus, Grundbesitzer in Dorebel; Franz Jallisch, Grundbesitzer in Andol; Johann Rajin, Grundbesitzer in Podblanc; Johann Peische, Realitätenbesitzer in Munendorf; Michael Zupančić, Realitätenbesitzer in Kroisenbach; Johann Udouč, Grundbesitzer in Kal; Johann Jallisch, Grundbesitzer von Unterluschin; Franz Zupančić, Realitätenbesitzer in Ralschach; Franz Rajcen, Grundbesitzer in Polje; Franz Penza, Realitätenbesitzer in Rassenfuß; Johann Kromer, Grundbesitzer in Dolanjava; Michael Zamida, Grundbesitzer in Uršnasela; Josef Pospischil, Grundbesitzer in Suchen; Peter Exter, Grundbesitzer in Mitterdorf; Franz Gustin, Handelsmann und Realitätenbesitzer in Mülbling; Jakob Arlo, Hausbesitzer und Bäckermeister in Gottschee; Josef Sopč, Realitätenbesitzer und Ledermeister in Mülbling; Johann Plazer, Grundbesitzer in Beihovo; Anton Urbais, Grundbesitzer in Podtraj; Jakob Zuphar, Realitätenbesitzer in St. Ruprecht; Ignaz Klemenčič, Realitätenbesitzer in Steinbach; Anton Raininger, Realitätenbesitzer in Suchen; Barthelma Lunaczek, Realitätenbesitzer und Maschinist in Traunkirch; Johann Svoboda, Realitätenbesitzer in Čatež; Josef Jallisch, Grundbesitzer in Unterluschin.

Als Ergänzungsgeschworene die Herren: Johann Galic, Realitätenbesitzer in Ivandorf; Leopold Simunić, l. l. Landwehrhauptmann und Realitätenbesitzer in Rudolfswerth; Vinzenz Anton Smola, Gutsbesitzer in Stauden; Josef Jorick, Grundbesitzer in Randia; Josef Bergmann, Hausbesitzer und Apotheker in Rudolfswerth; Franz Jager, Grundbesitzer in Rastalev; Dr. Johann Zindler, l. l. Gymnasialdirector in Rudolfswerth; August Ritter von Föderberg l. l. Major in Pension und Realitätenbesitzer in Seisenberg; Anton Windischer Realitätenbesitzer in Randia.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung“.)

Wien, 16. März. Im Abgeordneten-hause begann die Generaldebatte des Gesetzes betreffs Regelung der Beiträge zum Nationalfonds. Es sprachen von den 25. sämmtlich gegen das Gesetz vorgemerkten Rednern die Abgeordneten Meznič, Sosenwart, Pflügel, Vitezić, Weber, Dipauli und Bärenseind. Nach letzterem, welcher wegen unehrerbietiger Hineinziehung der Person des Kaisers in die Debatte den Ordnungsruf erhielt, wurde Schluß der Debatte angenommen. Nächste Sitzung morgen.

Pest, 16. März. Dem "Pester Lloyd" zufolge ist die Bildung eines Coalitions-Ministeriums Schwierigkeiten halber unwahrscheinlich geworden. Sennay wäre geneigt ins Cabinet einzutreten, wenn Tisza gleichfalls eintritt. Vonyay betont in einem Schrei-

ben an den Grafen Andrássy die Nothwendigkeit unbedingter und ausnahmsloser Festhaltung am Ausgleich.

Berlin, 16. März. Bismarcks Nervenschmerzen nehmen allmählich ab.

Chislehurst, 16. März. Der kaiserliche Prinz, den Herzog von Padua empfangend, constatirte, daß die öffentliche Meinung sich für den Appell an das Volk ausspreche und erklärte weiters, die Entscheidung des Landes anzunehmen, wie immer dieselbe ausfallen möge.

Wien, 16. März. Das Recrutengesetz erhielt die kaiserliche Sanction. Südtirol wünscht einen selbstständigen Landtag. Die Forterhebung der Steuern für April wurde bewilligt, das erste confessionelle Gesetz in dritter Lesung angenommen.

Telegraphischer Wechselkurs

Am 16. März.
Papier-Rente 69.90. — Silber-Rente 74.05. — 1860er Staats-Anlehen 103.70. — Bank-Actien 971. — Credit-Actien 228. — London 112. — Silber 106.40. — R. t. Münz-Papier. — Napoleonsd'or 8.93.

Wien, 16. März. 2 Uhr. Schlußcourse: Credit 228 1/2, Anglo 135 1/2, Union 126 1/2, Francobank 39 1/2, Handelsbank 83 1/2, Vereinsbank 22 1/2, Hypothekendarlehenbank 27 —, allgem. Baugesellschaft 84 1/2, Wiener Baubank 89 —, Unionbaubank 46 1/2, Wechselbank 16.60, Brigittenauer 14.50, Staatsbahn 322 1/2, Lombarden 150 1/2. Erhöht.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Wochenausweis der Nationalbank. (Nach § 14 der Statuten, dann auf Grund des Gesetzes vom 25. August 1868 und der kais. Verordnung v. 13. Mai 1873.) Veränderungen seit dem Wochenanweise vom 4. März 1874: Banknoten-Umlauf: 321.833,230 fl. Bedeckung: Metallschatz 145.259,603 fl. 60 kr. In Metall zahlbare Wechsel 4.349,254 fl. 54 kr., Staatsnoten, welche der Bank gehören, 1.643,857 fl. — Scompte: 150 Mill. 292,069 fl. 28 kr. Darlehen 41.920,900 fl. Einzel. Coupons von Grundentlastungs-Obligationen 11,943 fl. 53 kr.; fl. 8.297,000 eingeldete und börsenmäßig angekaufte Pfandbriefe à 66%, Prozent 5.531,333 fl. 33 kr. Zusammen 349.018,961 fl. 28 kr.

Angekommene Fremde.

Am 16. März

Hotel Stadt Wien. Graab, Handelsagent, Marburg. — Schupferschitz, Privatier, Videm. — Potofar, l. l. Steuer-einnehmer, Reinfiz. — Pogacnik, Handelsm., Oberkrain. — Bressani, Reisender, und Schmid, Kfm., Wien.
Hotel Elephant. Wittman, Kfm., und Kernst, Wien. — Dolinar, Motriz. — Petrović, Semlin. — Stare, Handelsm., Mannsburg. — Umet, Pfarrer, Beides. — Graf Barbo, Kreis-jenbach. — Gombal, Sessana. — Frau Mahorčič, Triest.
Hotel Europa. Jefermit, Agram. — Mazzolini, Deggendorf.
Mohren. S. Turitsini und Fr. Turitsini, Italien. — Floriand, Oberkrain.

Lottoziehungen vom 14. März.

Triest: 76 34 33 68 86.
Linz: 66 76 36 32 88.

Theater.

Heute: Zum Benefice des Schauspielers Georg Suppan: Gute Nacht, Händchen! oder: Maria Theresia und die Jesuiten. Lustspiel in 5 Aufzügen.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach

März	Zeit	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Witterung	Therm. d. Luft
16.	6 U. Mg.	742.64	- 0.4	D. f. schw.	ganz bew.	0.0
	2 " N.	742.97	+ 3.6	WNW. schw.	bein. heiter	
	10 " Ab.	743.73	- 0.6	windstl.	heiter	
Morgens ganz bewölkt, Wolken aus Osten, schwacher Wind, später Aufheiterung, dann WNW.-Wind, nachmittags zunehmende Bewölkung, abends heiter, sternenhell. Das Thermometer der Wärme + 0.8°, um 2.30° unter dem Normalen.						

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Privatnotierung: Geld 86.50, Ware —